

Arne Heise

# Toxische Wissenschaft? – Zur Verantwortung der Ökonomen für die gegenwärtige Krise

*Die Welt durchlebt die tiefste Depression seit den 1930er Jahren. Wieso war die Wirtschaftswissenschaft so schlecht auf dieses Ereignis vorbereitet? Welche Verantwortung muss die akademische Profession übernehmen und welche Konsequenzen muss eine wissenschaftliche Disziplin tragen, die scheinbar so weit neben der Realität liegt wie der ökonomische Mainstream gegenwärtig?*

Anfang der 1990er Jahre war ein Poster sehr gefragt, auf dem Marx karikiert wird mit dem Bonmot: „Tut mir leid Jungs! War halt nur so'ne Idee von mir.“ Damit wird auf die Verantwortlichkeit von Karl Marx und die marxistische Ökonomik für den Untergang der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der DDR nach 1989 angespielt. Es wird insinuiert, dass die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie und, vor allem, die darauf aufbauende sozialistische Ökonomik mit ihrer zentralen Ablehnung der Institutionen „Privateigentum“ und „Markt“ fehlerhaft war, und das zeitgeschichtliche Scheitern des realen Sozialismus-Projekts letztlich Marx anzulasten ist.

In diesem Sinne darf man getrost danach fragen, ob die moderne Mainstream-Wirtschaftswissenschaft<sup>1</sup> für die jüngste weltweite Depression der überwiegend privateigentümlich und marktlich organisierten Weltwirtschaft verantwortlich gemacht werden kann und welche Schlüsse aus der Antwort zu ziehen sind. Auf der Suche nach solcher Verantwortung fragte die britische Königin Elisabeth im Herbst 2008 bei einem Besuch der London School of Economics (LSE), weshalb die versammelte wirtschaftswissenschaftliche Expertenschar die Krise nicht hat kommen sehen. Verantwortlich zumindest für eine Antwort auf dieses königliche Auskunftbegehren empfanden sich die Ökonomen der British Academy, die in einem Schreiben an die Queen vom 22. Juli 2009 untertänigst darauf verwiesen, dass es wohl Warnungen verschiedener Individuen und Institutionen gegeben habe, gleichwohl niemand den zeitlichen Eintritt und die Stärke der Krise vorhersagen konnte und letztlich das zunehmend fragmentierte Wissen verhinderte, dass die Systemrisiken einigermaßen korrekt eingeschätzt werden konnten. Wenn hier auch Risiken der Finanzmärkte gemeint waren und somit die Verantwortung an die Praktiker – also Banker, Finanzinvestoren, Politiker als Regulatoren etc. – weitergege-

ben wurde, könnte man dies immerhin als Eingeständnis ansehen, dass sich die Wirtschaftswissenschaft als Disziplin in der Vergangenheit zu wenig mit den Risiken des Systems befasst hat.

Bevor wir näher beleuchten können, ob sich daraus eine Mitverantwortung der Wirtschaftswissenschaftler für die Depression begründen lässt, wollen wir zunächst das Verhältnis von Verantwortung und Wissenschaft besser ergründen.

## Verantwortung und Wissenschaft

Mit Verantwortung wird die Zurechnung einer bestimmten, freiwilligen Handlungsweise zu erfassbaren Folgen für den Handelnden und Dritte unter bestimmten Rahmenbedingungen bezeichnet.<sup>2</sup> Entscheidend sind die Freiwilligkeit der Handlungsweise, die Wahlmöglichkeiten voraussetzt, die Bestimmbarkeit der Folgen und die Akzeptanz gewisser Rahmenbedingungen. Verantwortung kann als rechtliche oder moralische Haftung verstanden werden – je nachdem, ob materielle oder immaterielle Sanktionen damit verbunden werden. Für die Wissenschaft, egal ob es um die Bio-, Atom- oder Wirtschaftswissenschaft geht, scheint nur die moralische Verantwortlichkeit akzeptabel, denn des Wissenschaftlers zu bewertende Handlungen liegen in der Schaffung von Erkenntnissen und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen – die eigentlich Handelnden sind dann Andere (Politiker, Unternehmer, kollektive Akteure). Bei den erfassbaren Folgen muss

<sup>1</sup> Dieser Begriff ist natürlich sehr unscharf. Gewöhnlich wird darunter das neoklassische Marktparadigma verstanden, Carlin/Soskice sprechen vom „Benchmark-Modell“ (W. Carlin, D. Soskice: *Macroeconomics*, Cambridge 2006), dessen Kern Joseph Stiglitz als Marktfundamentalismus folgendermaßen umreißt: „... der von rationalen Individuen mit rationalen Erwartungen ausgeht, welche auf perfekt funktionierenden Märkten mit profitabel arbeitenden, wettbewerbsfähigen Unternehmen agieren. Dieser Ansicht zufolge reicht es aus, die Märkte ungehindert schalten und walten zu lassen, um ökonomische Effizienz zu erreichen.“ Vgl. J. Stiglitz: Worauf es ankommt. Ein Jahr nach dem Banken-Crash, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/2009, S. 51.

<sup>2</sup> Vgl. G. Lohmann: Was wir sollen und was wir wollen dürfen. Zur Verantwortung in Wissenschaft und Technik, in: *Magdeburger Wissenschaftsjournal*, Nr. 1/1997, S. 3-9.

*Prof. Dr. Arne Heise, 49, lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.*

wiederum zwischen intendierten und unbeabsichtigten Folgen unterschieden werden – unbeabsichtigte Folgen können aber die (moralische) Verantwortung allenfalls dann schmälern, wenn sie keinesfalls zu erkennen oder zu befürchten gewesen waren. Ansonsten muss Fahrlässigkeit unterstellt werden.

Schließlich müssen noch die Rahmenbedingungen angesprochen werden. Selbstverständlich handeln Menschen immer unter rechtlichen, kulturellen und institutionellen Rahmenbedingungen, die die objektiv vorhandenen Wahlmöglichkeiten subjektiv einschränken – für Wissenschaftler sind dies die „Spielregeln“ der Scientific Community: Akzeptanz einer mehr oder weniger (je nach Disziplin) fest vorgegebenen Paradigmatik und Methodik (Mainstream oder „Normalwissenschaft“) als Karrierevoraussetzung und Legitimations- und Reputationsbasis<sup>3</sup> – Paul Feyerabend's „anything goes“<sup>4</sup> gilt gerade in der Wirtschaftswissenschaft längst nicht mehr. Hier hat sich in den letzten Jahrzehnten eine „Normalwissenschaft“ herausgebildet und immer weiter verfestigt,<sup>5</sup> die zunehmend kleinteilig und auf formal möglichst ausdifferenzierter Ebene einem deterministischen Paradigma rational handelnder Akteure und effizienter Märkte frönt.<sup>6</sup> Zu den Rahmenbedingungen, unter denen Wirtschaftswissenschaftler handeln – d.h. forschen und wirtschaftspolitischen Rat aussprechen –, gehört damit einerseits ein weitgehender Mangel an pluraler Theorie- und Methodenausbildung in ihrer Formationsphase. Andererseits besteht ein institutionelles Anreizsystem (Zugang zu Drittmitteln und „reputierlichen“ Zeitschriften, Listenfähigkeit bei Berufungen, Verdienstchancen und Mittelzuweisungen im Rahmen von Exzellenzinitiativen sowie leistungsorientierte Vergütungssysteme), das Wissenschaft jenseits des marktoptimistischen – und in diesem Sinne „unkritischen“ und Risiken klein denkenden – Mainstreams nahezu unmöglich macht. Mit Pierre Bourdieu könnte man von einem Bestand an „kulturellem Kapital“ sprechen.<sup>7</sup> Natürlich kann dieser Umstand einer Profession, die ideologiefrei nach Erkenntnissen zu streben hat, die

Verantwortlichkeit nicht abnehmen, muss aber bei der Suche nach Konsequenzen bedacht werden.

### Was ist geschehen? – Erklärungsversuche der Wirtschaftskrise

Vor der Klärung der Frage nach der (Mit-)Verantwortung, soll zunächst versucht werden, die gegenwärtige Krise zu erklären. Institutionelle Vertreter der Mainstream-Ökonomie wie z.B. die Mehrheitsposition des deutschen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung<sup>8</sup> erzählen gewöhnlich die Geschichte von den Bankern, die vor allem auf dem amerikanischen Immobilienkreditmarkt jede notwendige Vorsicht bei der Kreditvergabe insbesondere an wenig potente Schuldner (das sogenannte Subprime-Segment) haben fahren lassen, weil sie durch späteren Verkauf dieser Schuldtitel in undurchsichtigen Kreditpaketen (Verbriefung oder Securitization) ihren Teil der Verantwortung bei Kreditgeschäften umgehen konnten. Durch dubiose Zertifizierung dieser Kreditpakete durch von den Banken bezahlte Rating-Agenturen entstanden Risiken, deren Marktbewertung völlig ungenügend war. Diese später als „toxische Papiere“ benannten Kreditpakete wurden durch die globalen Finanzmärkte schnell weltweit verteilt und vor allem durch kaum regulierte Finanzintermediäre (Special Investment Vehicles und Conduits) aufgekauft, die immer mehr das klassische Bankengeschäft der Fristentransformation – allerdings ungehindert von der Bankenregulierung – betrieben.<sup>9</sup> Solange die Immobilienpreise stiegen, ging dieses Geschäftsmodell gut, weil die unvermeidlichen Insolvenzen einzelner Schuldner durch den Verkauf der im Wert steigenden Immobilien abgesichert werden konnten. Erst der massive US-Immobilienpreisverfall ab 2007 führte dazu, dass Subprime-Kreditpakete tatsächlich toxisch wurden und eine Kettenreaktion auslösten: Viele „Schattenbanken“ gerieten zunächst in Illiquidität (kurzfristige Refinanzierung wurde drastisch teurer oder unmöglich), später in Insolvenz. Die kurzfristige Refinanzierung dieser Schattenbanken erfolgte umfangreich durch Kreditvergabe von „normalen“ Geschäftsbanken, die nun ihrerseits hohe Wertberichtigungen vornehmen und durch den Eigenkapitalverlust ihre Kreditvergabe einschränken mussten (De-Leverage). Dann nach dem Zusammenbruch der Investment-Bank Lehman Brothers stellten

<sup>3</sup> Frey beschreibt den Vorgang der Anpassung an diese Rahmenbedingungen mit Blick auf akademisches Publizieren als „Prostitution“. Vgl. B. S. Frey: Publishing as prostitution? – Choosing between one's own ideas and academic success, in: Public Choice, Vol. 116, 2003, S. 205-223.

<sup>4</sup> Vgl. P. Feyerabend: Wider den Methodenzwang, Frankfurt 1986.

<sup>5</sup> Vgl. B. S. Frey, S. Humbert, F. Schneider: Was denken deutsche Ökonomen?, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Vol. 8, Nr. 4, 2007, S. 359-377.

<sup>6</sup> Vgl. u.a. T. Lawson: Contemporary economics and the crisis, in: Real-World Economics Review, Nr. 50, 2009, S. 122-131.

<sup>7</sup> Vgl. P. Bourdieu: Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg 2005, S. 49-80.

<sup>8</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR): Jahresgutachten 2008/2009: Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken, Stuttgart 2008.

<sup>9</sup> Mit der Bankenregulierung von Basel I und Basel II war die Kreditvergabemöglichkeit der Banken an ihre Risikostruktur gebunden und eingeschränkt worden. Das Bundesfinanzministerium half aktiv mit, diese Regulierungen aufzuweichen, vgl. J. A. Smussen: Verbriefung aus Sicht des Bundesfinanzministeriums, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 19/2006, S. 11.

diese die Interbanken-Kreditvergabe aufgrund des entstandenen Vertrauensverlustes fast vollständig ein. Ohne das entschlossene Eingreifen der Zentralbanken weltweit und insbesondere der US-Fed, die nicht nur die Refinanzierungskosten drastisch senkten, sondern auch die Liquidität der Banken nach dem Zusammenbruch der für das Finanzsystem lebensnotwendigen Interbanken-Kreditvergabe sicherten, wäre ein totaler Kollaps des internationalen Finanzsystems wohl kaum zu vermeiden gewesen. Doch auch das beherzte Eingreifen der Zentralbanken und die staatlichen Stabilisierungsprogramme und „Rettungsschirme“ konnten nicht verhindern, dass der Vertrauensschwund, der breite Vermögenspreisverfall und die Kreditklemme auf die Realwirtschaften durch den Ausfall an Konsum- und Investitionsnachfrage durchschlugen.

Neben dieser spezifischen Erklärung der jüngsten Depression fehlt es dann allerdings an einer grundsätzlicheren Einschätzung der systemimmanenten Faktoren der Instabilität des Kapitalismus. Zwar wird ein Marktversagen attestiert, das sich in einer völlig fehlerhaften Risikoeinschätzung zeigt, doch gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass die Finanzmärkte zu den höchstregulierten Märkten gehören – das Marktversagen, das sich in einem „Moral-Hazard“-Verhalten entscheidender Akteure bei asymmetrischen Informationen zeigt, wird also zumindest durch ein Staatsversagen unterstützt: Fehlerhafte Rahmensetzung und darüber hinaus Unterstützung der zugrundeliegenden Immobilienpreisblase durch eine als allzu expansiv dargestellte Geldpolitik der US-Fed.<sup>10</sup>

Die kritische Ökonomik,<sup>11</sup> die durch den Mainstream zunehmend an den Rand der wissenschaftlichen Landschaft,<sup>12</sup> aber auch der öffentlichen Aufmerksamkeit gedrängte wurde, hat nie aufgehört, die sys-

temimmanente Instabilität des Kapitalismus jenseits der Markteuphorie zu beschreiben: In den 1970er und 1980er Jahren war es vor allem der heute auch vom Mainstream entdeckte Hyman Minsky,<sup>13</sup> der mit seiner „Financial Instability Hypothesis“ die prozyklische Wirkung des in der gegenwärtigen Krise so fatal wirkenden „Leverage-Effektes“ beschrieben hat. In den 1980er und 1990er Jahren waren es vor allem die Fundamentalkyonesianer, die anknüpfend an Susan Stranges Diagnose vom Kasino-Kapitalismus,<sup>14</sup> Keynes' einigermaßen skeptische Langfristprognose des Kapitalismus ausarbeiteten.<sup>15</sup> So wies Heise bereits 1993 in einem Beitrag für eine Marx-Keynes-Konferenz des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) darauf hin,<sup>16</sup> dass es eine Entwicklungsdynamik privat-eigentümlicher Ökonomien in Richtung eines am kurzfristigen Gewinn orientierten, hochspekulativen und volatilen (also instabilen) Finanzkapitalismus gibt, wenn die Realinvestitionen nicht durch eine gleichere Einkommensverteilung, durch eine koordinierte und aktive Geld- und Finanzpolitik und durch einen eher rigideren, denn flexibleren Regulierungsrahmen (inklusive eines wiederbelebten Korporatismus) gestärkt würden.<sup>17</sup>

#### **Wäre die Krise zu vermeiden gewesen? – Toxische Wissenschaft für die Krise?**

Tatsächlich haben wir das genaue Gegenteil erlebt: Unkooperative Geld- und Finanzpolitik schufen weltweit den makroökonomischen Rahmen für eine – im historischen Vergleich – stagnative Realwirtschaftsentwicklung, bei gleichzeitigem Anstieg der Arbeitslosigkeit, nachfolgender Umverteilung der Einkommen von Unten nach Oben, Privatisierung sozialer Risiken und der immensen Börsenkapitalisierung und Verbriefung

<sup>10</sup> Zur Kritik daran vgl. S. Dullien: Die Mär vom zu billigen Geld, Vortrag gehalten auf der IMK-Tagung „Die Finanzmarktkrise und ihre Folgen“, Berlin Juni 2009.

<sup>11</sup> Hiermit sind nicht in erster Linie jene Wissenschaftler gemeint, die innerhalb des Mainstream-Paradigmas durch stärkere Betonung realitätsnäherer Annahmen wie wettbewerbsbeschränkte Märkte oder asymmetrische Informationen zu einer kritischeren Haltung gegenüber der Stabilitätseigenschaft des Marktes kommen (sie bezeichnen sich häufig selbst als Neukyonesianer, vgl. P. Krugman: How did Economists get it so wrong?, in: New York Times Magazine vom 2.9.2009, S. MM36.), sondern jene kleine Gruppe von heterodoxen Ökonomen, die ein grundsätzlich anderes Paradigma vertreten (vgl. P. Davidson: Alternative Explanations of the Operation of a Capitalist Economy: Efficient Market Theory vs. Keynes's Liquidity Theory, in: Real-World Economics Review, Nr. 50, 2009).

<sup>12</sup> Robert Lucas, einer der exponiertesten Vertreter der marktradikalen „Rationalen-Erwartungs-Schule“, schrieb: „One cannot find good, under-forty economists who identify themselves or their work as ‚Keynesian‘. Indeed, people even take offense if referred to as ‚Keynesians‘. At research seminars, people don't take Keynesian theorizing seriously anymore; the audience starts to whisper and giggle to one another.“ R. E. Lucas jr.: The Death of Keynesian Economics, in: Issues and Ideas, Winter 1980 (University of Chicago), S. 19.

<sup>13</sup> Vgl. H. P. Minsky: Stabilizing an Unstable Economy, New Haven/London 1986.

<sup>14</sup> Vgl. S. Strange: Casino Capitalism, Manchester 1987.

<sup>15</sup> Vgl. J. M. Keynes: The long-term problem of full employment, in: D. Moggridge (Hrsg.): The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. 27, London 1980, S. 320 ff.

<sup>16</sup> Vgl. A. Heise: Die Zukunft kapitalistischer Ökonomien zwischen Zusammenbruchspessimismus und Casino-Mentalität, in: A. Heise, W. Meißner, H. Tofaute (Hrsg.): Marx und Keynes und die Krise der Neunziger, WSI Herbstforum 1993, Marburg 1994, S. 103-138.

<sup>17</sup> Erst in den letzten Jahren wurde unter dem Stichwort „Finanzkapitalismus“ von kritischen Ökonomen verstärkt danach gefragt, was die Strukturverschiebung von der Real- zur Finanzinvestition für die Stabilität und die Entwicklungsdynamik des Kapitalismus bedeutet: vgl. u.a. S. Schulmeister: Der Finanzkapitalismus, die Wachstumskrise und das europäische Modell, in: E. Hein, A. Heise, E. Truger (Hrsg.): Finanzpolitik in der Krise, Marburg 2004, S. 23-70; P. Windolf (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45, Wiesbaden 2005; P. Arestis, M. Sawyer: Financial Liberalization. Beyond Orthodox Concerns, Basingstoke 2006; J. Bischoff: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus, Hamburg 2006.

von Forderungen.<sup>18</sup> Obwohl damit, nach Auffassung kritischer Ökonomen, die Grundlagen für eine stabile ökonomische Entwicklung immer mehr schwanden und tatsächlich dem „Kasino-Kapitalismus“ Tür und Tor öffneten, rückte in der Mainstream-Wissenschaft und der davon dominierten Politikberatung und journalistischen Themenrahmung die angebliche allokative Optimierung möglichst freier Märkte – gleichermaßen Arbeits-, Güter und Finanzmärkte – immer mehr in den Mittelpunkt der Überlegungen und verdrängte damit die Betrachtung der Stabilität des Systems und die Bedeutung der individuellen Einkommens- und Vermögensverteilung und der Grenzziehung zwischen Privat- und Kollektiv- oder Gemeineigentum für die Stabilisierung der Ökonomie. Bezeichnenderweise werden in der Mainstream-Ökonomie fast ausschließlich „exogene Schocks“ betrachtet, die das System treffen und durch möglichst flexible Märkte verarbeitet werden müssen.

Die Konzentration des Augenmerks auf allokative Optimierung statt der systematischen Stabilitätsrisiken zeigte sich insbesondere darin, dass einerseits die Regulierungsrahmen gerade auch der Finanzmärkte – häufig mit dem Argument eines etwaigen Standortnachteiles im globalen Kapitalismus – de- oder zumindest vor dem Hintergrund einer Flut von Finanzmarktinnovationen nicht re-reguliert wurden: Auf EU-Ebene z.B. zielte der von der britischen Regierung initiierte, kaum bekannte „Cardiff-Prozess“ dahin, zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen die Dienstleistungs- und Finanzmärkte zu deregulieren.<sup>19</sup> Auch die Bundesregierung hat die Entwicklung von Finanzinnovationen nachdrücklich gefördert (weil man einen Entwicklungsrückstand gegenüber den angelsächsischen Ländern befürchtete) und z.B. durch Gewerbe- und Umsatzsteueränderungen die Bedingungen für den „Verbriefungsmarkt“ geschaffen. So konnte noch 2006 ein Ministerialdirektor des Bundesfinanzministeriums frohlocken: „Die staatseigene KfW, über die das BMF die Aufsicht führt, hat mit den Promise- und Provide-Programmen zur synthetischen Verbriefung seit 2000 in Zusammenarbeit mit den Banken das wohl größte Verbriefungsprogramm (...) in Europa geschaffen. Neben der unmittelbaren Wirkung jeder einzelnen Verbriefung auf eine erhöhte Kreditvergabe wurde damit ein Markt geschaffen, der heute die Basis für die Verbriefung sowohl in Form eines tatsächlichen Verkaufs von Forderungen (True Sale) als auch von ‚anspruchsvolle-

ren‘ Krediten (z.B. Genussrechte von Mittelständlern) bildet.“<sup>20</sup>

Und obwohl die damit verbundene Gefahr von Marktfehlern auf extrem informationsbeschränkten Kapital- und Finanzmärkten – insbesondere nach einer Reihe von regionalen Finanzkrisen in den 1990er Jahren – durchaus bekannt war, war doch die Argumentation des Sachverständigenrats exemplarisch: „Der Sachverständigenrat unterstützt die Bemühungen um ein Regelwerk, das unter Beibehaltung des freien Kapitalverkehrs die Stabilität des internationalen Finanzsystems (...) gewährleistet. Die vielfältigen Diskussionen haben klargemacht, dass eine völlig neue Finanzordnung nicht gebraucht wird und dass ein Übermaß an Regulierung mehr Nachteile als Vorteile hätte.“<sup>21</sup> Im Zweifel überwog also das Vertrauen in die Stabilität der Marktabläufe.<sup>22</sup> Andererseits wurde die Fähigkeit zur Stabilisierung des Marktgeschehens durch eine interventionistische, landläufig als „keynesianisch“ bezeichnete Makropolitik in Abrede gestellt: Langfristig wird die Finanz- und Geldpolitik als unwirksam angesehen (monetäre Neutralität und das sogenannte Ricardo-Barro-Äquivalenztheorem), kurzfristig können zwar Informationsdefizite für wirkungsvolle Eingriffe genutzt werden, aber einerseits bestehe immer die Gefahr, dass diese Eingriffe aufgrund von Wirkungsverzögerungen gar prozyklisch wirken, andererseits hat der „Vater der Rationalen-Erwartungs-Makroökonomik“ – Robert Lucas<sup>23</sup> – darzulegen versucht, dass die Wohlfahrtsgewinne einer effektiven Stabilisierungspolitik zu gering seien, um die zu erwartenden Allokationsprobleme zu rechtfertigen.<sup>24</sup> Mithin sei das Beste, was Makropolitik tun könne, eine an Preisstabilität und Haushaltskonsolidierung orientierte „Non-Intervention“ – übrigens genau jene Empfehlung, die auch der SVR immer wieder gibt.<sup>25</sup>

<sup>20</sup> Vgl. J. Asmussen, a.a.O., S. 10.

<sup>21</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR): Jahresgutachten 1999/2000: Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Stuttgart 1999, S. 37. Kursivsetzung A.H.

<sup>22</sup> Mitverantwortlich für dieses Stabilitätsvertrauen war sicher auch die „efficient market hypothesis“ (EMH) von Eugene Fama, die zwar nur die effiziente Verwendung von Informationen beschreibt. Unter der Annahme stochastischer Entwicklungen impliziert dies aber eine allenfalls zufällige Abweichung der Finanzmarktpreise von ihren Fundamentalwerten (also Knappheitspreise und deren Eintrittswahrscheinlichkeit bei der Betrachtung künftiger Entwicklungen), vgl. E. F. Fama: Efficient Capital Markets: A Review of Theory and Empirical Work, in: Journal of Finance, Vol. 25, 1970, S. 383-417.

<sup>23</sup> Vgl. R. E. Lucas jr.: Macroeconomic priorities, in: American Economic Review, Vol. 93, Nr. 1, 2003, S. 1-14.

<sup>24</sup> Allerdings hat dieser Versuch eine kritische Erwiderung selbst von Mainstream-Ökonomen erhalten, vgl. J. L. Yellen, G. A. Akerlof: Stabilization Policy: A Reconsideration, in: Economic Inquiry, Vol. 44, Nr. 1, 2006, S. 1-22.

<sup>25</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR): Jahresgutachten 1999/2000, a.a.O., S. 35.

<sup>18</sup> Vgl. P. Windolf: Zehn Thesen zur Finanzmarkt-Krise, in: Leviathan, 37. Jg., 2009, S. 187-196.

<sup>19</sup> Vgl. z.B. D. Foden, L. Magnusson (Hrsg.): Trade Unions and the Cardiff Process. Economic Reform in Europe, Brüssel 2002.

### Verantwortung der Mainstream-Ökonomen

Vor dem Hintergrund dieses „einvernehmlichen“ Wissensbestandes der Mainstream-Ökonomik ist die Frage, ob die Krise hätte vermieden oder gemildert werden können, zu beantworten. Gelegentlich wird so getan, als wenn die Mainstream-Ökonomik Krisen größeren Ausmaßes aufgrund ihres Marktvertrauens grundsätzlich nicht erklären könnte<sup>26</sup> und damit allein die jüngste Depression die Mainstream-Ökonomik endlich delegitimiert hätte. Unter diesen Umständen wäre dann wohl deren Verantwortlichkeit zurückzuweisen, allerdings auch ihr Expertenstatus abzuerkennen. Ähnlich wie die meisten marxistischen Wissenschaftler an den Universitäten der DDR nach der Wende in der Bundesrepublik nach der Evaluierung durch Kommissionen, in denen mehrheitlich westdeutsche Mainstream-Kollegen saßen, ihre Professuren verloren, müssten dann auch die Mainstream-Ökonomen (selbstverständlich erst nach einer Evaluierung durch „kritische Ökonomen“) ihre Degradierung fürchten. Aber ganz so einfach liegen die Dinge nicht. Mit den Konstrukten des Markt-, und – zumeist sofort nachgeschoben – Staatsversagens werden reale Krisenentwicklungen ins anscheinend so stabile Marktgeschehen zurückgeholt. Und unter der damit zugestandenen Existenz von Informationsasymmetrien impliziert die gegenwärtige Krise auch keineswegs die Delegitimierung der rational handelnden Akteure auf effizienten Märkten als sinnvolle Konstrukte für einen Versuch der Erkenntnis generierenden Komplexitätsreduktion. Und ob das Timing und die Tiefe der Krise in einer Weise hätten prognostiziert werden können, dass die Wirtschaftspolitik frühzeitig darauf hätte reagieren können, droht zu sehr in rechthaberisches Geplänkel auszuarten, als dass wir diesen Überlegungen ernsthaft folgen wollen.

Wenn wir der Mainstream-Ökonomik tatsächlich eine (Mit-)Verantwortung an der krisenhaften Entwicklung geben können, dann vor allem, weil sie – quasi als Initiationsritus – den Mitgliedern der epistemischen Gemeinschaft ein in den Annahmen des Paradigmas angelegtes Bekenntnis zur Selbststabilisierung (allgemeines Gleichgewicht und dessen Zentrifugalkraft) der marktlich organisierten Interaktion abverlangt. Zudem verlangt die Mainstream-Ökonomik eine entsprechende Skepsis gegenüber wirtschaftspolitischer Intervention, die einerseits das Interesse – in Forschung wie Politikberatung – an der Allokationsfähigkeit der Märkte

<sup>26</sup> So schreibt beispielsweise Ulrich Busch: „Die gewohnten Erklärungsmuster und Interpretationsschemata greifen nicht. Eine Krise dieses Ausmaßes kommt in den Lehrbüchern der Orthodoxie nicht vor. Ja, streng genommen hätte es sie nach den Regeln der neoklassischen und neomonetaristischen Theorie gar nicht geben dürfen.“ U. Busch: Krisenverlauf und Krisendeutung im globalen Finanzmarktkapitalismus, in: Berliner Debatte Initial, Vol. 20, Nr. 2, 2009, S. 25-43.

deutlich über- und an der Stabilisierungsnotwendigkeit deutlich unterbelichtet.<sup>27</sup> Wenn andererseits der Einfluss von ökonomischen Interessen in der Mainstream-Ökonomik heute fast vollständig ausgeblendet wird, muss die systematische Unter- oder Fehlregulierung – nicht nur, aber auch der Finanzmärkte – unentdeckt bleiben<sup>28</sup> und die am „Marktideal“ ausgerichtete wirtschaftspolitische Empfehlung wenigstens mit Vorsicht betrachtet, wenn nicht gar als unbrauchbar abgelehnt werden. Und wenn die Mainstream-Ökonomik nicht rechtzeitig vor der Krise warnte, dann eben nicht, weil sich Zeitpunkt und Ausschlag der konjunkturellen Entwicklung nur schwer vorhersagen lassen, sondern weil eine derartige Krise einfach nicht auf der (Forschungs-) Agenda des Mainstreams stand.

Noch deutlicher und unmittelbarer aber ist die (Mit-) Verantwortung der Mainstream-Ökonomik dort, wo ihre Forschungen die Marktentwicklungen erst ermöglicht haben. Entgegen mancher Vorstellung existiert auch in der Wirtschaftswissenschaft eine Reflexivität zwischen Untersuchenden und Untersuchungsgegenstand:<sup>29</sup> So ist die Flut von Finanzmarktinnovationen, die allesamt dem Risikomanagement dienen und die Allokation der Ersparnisse in die möglichst beste investive Verwendung ermöglichen sollen,<sup>30</sup> undenkbar ohne die Arbeiten von Black, Scholes und Merton und dem nach ihnen benannten Modell zur Bewertung von Derivaten und anderen Finanzprodukten.<sup>31</sup> Erst mit der durch das Black-Scholes(-Merton)-Modell ermöglichten Risikobewertung ist also jener Markt, zumindest in der heute existenten Form, entstanden, den die Finanzwirtschaftslehre erforscht. Grundlage des Black-Scholes(-Merton)-Modells ist eine stochastische Version des deterministischen Mainstream-Modells, wonach zukünftige Marktentwicklungen stochastische

<sup>27</sup> Beispielsweise findet sich im von der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin geförderten Sonderforschungsbereich „Ökonomisches Risiko“ kein einziges Projekt, das sich mit Stabilitätsrisiken beschäftigt, dafür aber zahlreiche Projekte, die sich mit Allokationsrisiken und der betrieblichen Risikoabsicherung und der optimalen Verteilung von Risiken – selbstverständlich immer auf Grundlage des Mainstream-Modells – befassen. Obwohl „Risiko“ und „Unsicherheit“ zentrale Begriffe der (post-)keynesianischen Theorie sind, wird dieses Paradigma vollständig negiert oder auch kein systematischer Theorievergleich z.B. unter der Thematik „Risikoeffekte eines falschen Paradigmas“ angestellt.

<sup>28</sup> Ganz in diesem Sinne fahnden die Projekte des oben angesprochenen DFG-SFB unter „Risiken der Regulierung“ in erster Linie nach Risiken der Über- oder Fehl-, nicht nach Risiken der Unterregulierung.

<sup>29</sup> Vgl. D. MacKenzie: The big, bad wolf, and the rational markets. Portfolio insurance, the 1987 crash and the performativity of economics, in: Economy and Society, Vol. 33, Nr. 3, 2004, S. 303-334.

<sup>30</sup> Vgl. W. L. Silber: The Process of Financial Innovation, in: American Economic Review, Vol. 73, Nr. 2, Papers and Proceedings, 1983, S. 89-95.

<sup>31</sup> Vgl. J. Arnoldi: Alles Geld verdampft. Finanzkrise in der Weltrisikogesellschaft, Frankfurt 2009, S. 35 ff.

Entwicklungen um prognostizierbare Pfade („Fundamentals“) beschreiben und mithin kalkulierbare Risiken darstellen. Der Mythos von der Versicherbarkeit der Geschäftsrisiken in Verbindung mit der Spekulationsbereitschaft vieler Marktteilnehmer „to beat the market“, hat erst das Volumen an Finanzmarkttransaktionen, das sich in den letzten 30 Jahren vervielfacht hat,<sup>32</sup> ermöglicht.

Spätestens in der Krise zeigte sich aber, dass Marktentwicklungen – vor allem weil sie durch menschliches Verhalten erst geschaffen und nicht lediglich durch Prognosetechniken antizipiert und kalkuliert werden – keinem stochastischem Risiko, sondern fundamentaler Unsicherheit unterliegen. Diese seit Keynes und Knight bekannte Unterscheidung<sup>33</sup> – kalkulierbares Risiko einerseits und unkalkulierbare Unsicherheit andererseits – wird vom Mainstream-Paradigma beständig ignoriert.<sup>34</sup> Janet Tavakoli<sup>35</sup> „points out the limitations of trying to apply mathematical models to define unknowable unknowns. Using current market models to pricing derivatives is a bit like trying to apply Euclidean geometry to describe the shapes found in nature. The formulas and curves look neat, regular, and well defined. Unfortunately nature just doesn't look that way. ... Similarly, we haven't been able to make market observations fit under the neat little probability curves on which financial professionals often rely.“ Die Konsequenzen dieses Irrtums sind gewaltig: Die Wirtschaftswissenschaft mutiert immer mehr zu einer Form angewandter Mathematik im Versuch, die deterministischen Strukturen des Gleichgewichtsparadigmas zu modellieren, die wirtschaftspolitischen Empfehlungen raten zu weitgehender Inaktivität und überlassen stochastische Abweichungen vom Gleichgewichtspfad lieber den Anpassungsreaktionen der als flexibel angemahnten Wirtschaftssubjekte, und die Wirtschaftssubjekte vertrauen auf eine Kalkulierbarkeit des Systemrisikos, die schlicht nicht gegeben ist. Die möglichen Folgen zeigt die jüngste Krise in aller Schonungslosigkeit – in

diesem Sinne kann man von einer „toxischen Wissenschaft“ sprechen.<sup>36</sup>

### Konsequenzen der Verantwortlichkeit

Es besteht große Einigkeit darüber, dass die internationalen Finanzmärkte effizienter zu regulieren sind, um insbesondere die Informationsasymmetrien zu beseitigen und „Moral-Hazard“-Verhalten weniger wahrscheinlich zu machen. Bei den konkreten Maßnahmen – von der Schaffung einer weitgehend wirkungslosen internationalen Finanzaufsicht bis zur weitgehenden „Trockenlegung des Kasinos“ – scheiden sich bereits die Geister. Die fast 400-jährige Geschichte von Finanzkrisen in „kapitalistischen“ Ökonomien<sup>37</sup> legt allerdings die Vermutung nahe, dass die beste Regulierung krisenhafte Entwicklungen der Finanzmärkte angesichts der fundamentalen Unsicherheit zukünftiger Entwicklungen und der sich daraus ergebenden Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte, die eben nicht rationale Optimierer sein können, nicht verhindern kann. Und die ersten Nach-Krise-Erfahrungen mit Regulierungsversuchen in der G20-Welt lassen vermuten, dass eine optimale Regulierung ohnehin an schlichten ökonomischen Interessen scheitern würde.

Nach dem, was hier dargelegt wurde, kann es aber nicht nur darum gehen, die richtigen wirtschaftspolitischen Antworten auf die krisenhafte Entwicklung zu finden, es müssen auch Konsequenzen aus der Verantwortlichkeit einer „toxischen Wissenschaft“ gezogen werden:

1. Wissenschaft vermag immer nur Vermutungswissen zu schaffen. Zumindest für den Großteil der Wirtschaftswissenschaftler sollte man unterstellen, dass sie dem Mainstream aus der Überzeugung anhängen, hiermit das beste zur Verfügung stehende Erklärungsmodell zur Hand zu haben.<sup>38</sup> In diesem Sinne wäre die Verantwortlichkeit für die Depression allenfalls als nicht-intendierte Nebenfolge zu bewerten. Da aber andere Erklärungsmodelle zur Verfügung gestanden hätten, wenn nur die Bereitschaft größer gewesen wäre, über den eigenen paradigmatischen Tellerrand hinaus zu schauen, muss immerhin Fahrlässigkeit angenommen werden.

<sup>32</sup> Vgl. J. M. Tavakoli: *Credit Derivatives and Synthetic Structures*, New York 2001; dies.: *Collateralized Debt and Obligations and Structured Finance. New Developments in Cash and Securitization*, New York 2003.

<sup>33</sup> Vgl. J. M. Keynes: *General Theory of Employment, Money and Interest*, London 1936; F. H. Knight: *Risk, Uncertainty and Profit*, Boston/New York 1921.

<sup>34</sup> In einem Lehrbuch zur Finanzwirtschaft wird zwar auf die Unterscheidung von Risiko und Unsicherheit hingewiesen, dann aber behauptet: „Bei finanzwirtschaftlichen Fragestellungen haben wir es in aller Regel mit Entscheidungen unter *Risiko* zu tun“. Vgl. K. Schreideiseker: *Grundlagen der Finanzwirtschaft*, München 2002, S. 202, Kursivsetzung im Original). In der Folge der Darstellung wird dann aus „in der Regel“ ein „immer“.

<sup>35</sup> Vgl. J. M. Tavakoli: *Credit Derivatives and Synthetic Structures*, a.a.O., S. 2.

<sup>36</sup> Edward Fullbrook spricht von „toxic textbooks“ als Grundlage der Formation von Generationen von Studenten, die offenbar den „einvernehmlichen Wissensbestand“ einer „toxic science“ weitergeben. Vgl. E. Fullbrook: *Toxic Textbooks*, in: J. Reardon (Hrsg.): *The Handbook of Pluralist Economics Education*, London/New York 2009.

<sup>37</sup> Vgl. C. P. Kindleberger, R. Aliber: *Maniacs, Panics, and Crashes. A History of Financial Crises*, Hoboken (NJ) 2005.

<sup>38</sup> Oliver Blanchard etwa schrieb in einer Zusammenfassung des Zustandes der makroökonomischen Forschung – gerade auch mit Blick auf den „Mainstream-Konsens“: „The state of macro is good“. Vgl. O. Blanchard: *The State of Macro*, NBER Working Paper 14259, Washington 2008, S. 2.

2. Vor dem Hintergrund, dass der Mainstream geradezu zu „kulturellem Kapital“ geworden ist, sollte nicht nach individueller, sondern eher kollektiver Verantwortlichkeit gesucht werden.
3. Wenn man abgewickelter marxistischer Ökonom aus der ehemaligen DDR wäre, würde einem jetzt wahrscheinlich trotzdem in den Sinn kommen, die wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühle in Deutschland einer Evaluierung zu unterziehen, und bei allzu unreflektierter Apologetik des Mainstreams auf „Abwicklung“ plädieren – wie in der DDR könnte dies insbesondere manchen besonders exponierten Vertreter treffen. Allerdings genügt ein bisschen Nachdenken, dass diese Art der „Vergeltungs-Sanktion“ nicht angemessen wäre, denn in nicht-experimentellen Wissenschaften können realhistorische Entwicklungen Wissenschaftsparadigmen nicht einfach als „falsch“ diskreditieren (falsifizieren), sondern allenfalls der Auslöser für einen paradigmatischen Wandel sein. So, wie wahrscheinlich die meisten marxistischen Ökonomen auch nach 1989 weiterhin von der Richtigkeit ihrer Realitätsinterpretation überzeugt waren und mithin ihre Abwicklung als ideologischen Affekt empfanden, so kann heute nicht ausgeschlossen werden, dass das neoklassische Mainstream-Paradigma – trotz gegenwärtigem Glaubwürdigkeitsverlust und vielleicht auch nur in einer kritischeren Variante – dennoch die beste Komplexitätsreduktion ist, die uns zur Verfügung steht. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit mindestens ebenso groß, dass ein alternatives Paradigma, das fundamentale Unsicherheit als Handlungsumfeld der Akteure und entsprechende Marktinstabilitäten des Systems herausstellt,<sup>39</sup> bessere Entwicklungsprognosen des Kapitalismus bietet und als Grundlage für wirtschaftspolitische Eingriffe besser geeignet ist.

Wissenschaft muss frei sein – dazu gehört auch die Freiheit, falsch zu liegen. Allerdings verlangt die Verantwortung dann wenigstens, diese Fehlerhaftigkeit einzugestehen und jenseits ideologischer Scheuklappen nach den Fehlerquellen zu forschen, und im Zweifelsfalle, sein Paradigma über Bord zu werfen.<sup>40</sup> Dieser individuellen Verantwortung muss aber auch eine kollektive Verantwortung folgen: Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass das „kulturelle Kapital“ des Neoliberalismus zumindest soweit entwertet wird, dass Wissenschaftler nicht länger zwischen der Suche nach Erkenntnissen (auf der Grundlage eigener

Ideen und einer konsistenten theoretischen Grundlage) und ihrer wissenschaftlichen Karriere wählen müssen.<sup>41</sup> Pluralität in der Ausbildung, in der wissenschaftlichen Anwendung und der Politikberatung muss nicht nur zugelassen, sondern aktiv und regulativ gefördert und sichergestellt werden<sup>42</sup> – denn es hat sich gezeigt, dass der Wissenschaftsmarkt selbst mit schweren Marktfehlern behaftet ist und zu einer inakzeptablen und schädlichen Monokultur führt.<sup>43</sup>

Jede Universität verlangt von ihren Wissenschaftlern heute, sich einem „Kodex der wissenschaftlichen Lauterkeit“ zu unterwerfen. In entsprechender Form müssen sich Universitäten zukünftig einem „Kodex der wissenschaftlichen Pluralität“ unterwerfen, der auf der Lehr-, wie auf der Forschungsseite einen pluralen Methoden- und Paradigmenzugang gewährleistet. Dazu könnten an allen Wirtschaftsfakultäten „Professuren für heterodoxe Ökonomik“ (wie z.B. an der Wirtschaftsuniversität Wien) oder aber Professuren für Wissenschaftler eingerichtet werden, die ausgewiesenermaßen Non-Mainstream-Methodologien in ihrer Forschungsarbeit verwenden und Publikationen in einschlägigen Journals bzw. mit entsprechenden „Journal of Economic Literature (JEL)-Klassifikationen“<sup>44</sup> vorweisen können. Gleichermaßen müssen die Gremien der großen deutschen Wissenschafts- und Forschungsförderungsinstitutionen – zu allererst natürlich der „Verein für Socialpolitik“ als inoffizielle Standesvertretung und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – plural besetzt und ein erheblicher Teil der Fördermittel explizit für heterodoxe Forschung zur Verfügung gestellt werden. Schließlich muss geprüft werden, wie sich der verständliche und vor dem Hintergrund der Krise noch akuter werdende Wunsch nach gesellschaftlicher Verantwortung zumindest der öffentlich geförderten Wirtschaftswissenschaft mit den gängigen Evaluierungs-, Ranking- und Exzellenzverfahren vereinbaren lässt, die jedenfalls in der herrschenden Praxis eindeutig ein Vehikel der „Mainstreamisierung“ sind. Nur ein derartig erneuerter Wissenschaftskomplex kann seiner Verantwortung gerecht werden.

<sup>41</sup> Vgl. B. S. Frey, a.a.O.

<sup>42</sup> Bereits 1992(!) hat es einen von mehreren Nobelpreis-Trägern unterzeichneten Aufruf „A Plea for a Pluralistic and Rigorous Economics“ in: *American Economic Review*, Nr. 82, 1992, S. XXV gegeben – offenbar helfen Appelle allein nicht weiter!

<sup>43</sup> Vgl. A. Heise: Das Ende der neoklassischen Orthodoxie? Oder: Wieso ein methodischer Pluralismus gut täte, in: *WIRTSCHAFTSDIENST*, 87. Jg. (2007), H. 7, S. 442-449.

<sup>44</sup> Im Wesentlichen sind dies die JEL-Klassifikationen B 5, D 03, E 11, E 12, F 12, F 54, Z 0, Z 1. Vielleicht führt eine solche Aufwertung der heterodoxen Ökonomik auch zu einer besseren Sichtbarkeit im JEL-Klassifizierungssystem, dass regelmäßig angepasst wird.

<sup>39</sup> Vgl. P. Davidson, a.a.O.

<sup>40</sup> Ob dies allerdings ohne Einbuße an Glaubwürdigkeit geht, muss bezweifelt werden. Genau dieser mögliche Glaubwürdigkeits-, Gesichts- und Orientierungsverlust mag aber manchen Wissenschaftler davon abhalten, sich ernsthaft seiner Verantwortung zu stellen.